REGIONALGESETZ VOM 26. APRIL 2010, NR. 1

**Neue Bestimmungen auf dem Sachgebiet der
Gemeindesekretäre¹**

**Art. 1 Versetzung der Gemeindesekretäre in den Verfüg-
barkeitsstand wegen eingetretener faktischer Unvereinbar-
keit**

(1) (...) ²

Art. 2 Einstellung der Gemeindesekretäre vierter Klasse

(1) (...) ³

**Art. 3 Befähigungslehrgänge zur Vorbereitung auf die Ob-
liegenheiten eines Gemeindesekretärs**

(1) (...) ⁴

Art. 4 Gliederung des Befähigungslehrganges

(1) (...) ⁵

¹ Im ABl. vom 4. Mai 2010, Nr. 18.

² Fügt im RG vom 5. März 1993, Nr. 4 nach dem Art. 59-*bis* den Art. 59-*ter* ein.

³ Ändert den Art. 3 des RG vom 27. Februar 1997, Nr. 2.

⁴ Ersetzt den Art. 44 Abs. 1 des RG vom 5. März 1993, Nr. 4.

⁵ Ändert den Art. 46 Abs. 1 des RG vom 5. März 1993, Nr. 4.

Art. 5 Befähigungsprüfung

(1) (...)⁶

[Art. 6 Fonds für die Verwaltung der in den Verfügbarkeitsstand versetzten Sekretäre

(1) Ab 1. Jänner 2011 müssen von den Gemeinden 10 Prozent des Gesamtbetrags der Sekretariatsgebühren laut Art. 40, 41 und 42 des Gesetzes vom 8. Juni 1962, Nr. 604 an die jeweilige Landesverwaltung überwiesen werden, um in einen Fonds für die Aus- und Weiterbildung der Sekretäre, die über die Gemeindenverbände vorzunehmen ist, sowie für die Deckung der Ausgaben laut Art. 59-ter des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4, einschließlich der Rückerstattung der von den Gemeinden getragenen Kosten für die Entschädigungen und für die Besoldung der in den Verfügbarkeitsstand versetzten Sekretäre, zu fließen. Die Rückerstattung an die Gemeinden entspricht 80 Prozent der Ausgaben in den im Abs. 9 des Art. 59-ter des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 mit seinen späteren Änderungen vorgesehenen Fällen.

(1-bis) Ab 1. Jänner 2012 werden die laut Art. 8 des Gesetzes vom 23. März 1981, Nr. 93 (Ergänzende Bestimmungen zum Gesetz vom 3. Dezember 1971, Nr. 1102 betreffend neue Bestimmungen zur Förderung der Berggebiete) in geltender Fassung eingehobenen Sekretariatsgebühren in der Höhe und zu den Zwecken gemäß Abs. 1 der jeweiligen Landesverwaltung überwiesen.⁷

⁶ Ersetzt den Art. 47 Abs. 1 des RG vom 5. März 1993, Nr. 4.

⁷ Der Absatz wurde durch den Art. 9 Abs. 1 des RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8 (Finanzgesetz) eingefügt.

(2) Die von der Region im Sinne des Art. 18 Abs. 121 des Regionalgesetzes vom 23. Oktober 1998, Nr. 10 eingehobenen Mittel werden zwischen den Autonomen Provinzen für die Zwecke laut Abs. 1 aufgeteilt, wobei für jede Provinz die Beträge abzuziehen sind, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Ausbildung der Gemeindesekretäre bestimmt wurden.]⁸

[Art. 7 Ständige Weiterbildung der Sekretäre

(1) In den Tarifverträgen muss die Pflicht zur ständigen Weiterbildung der Gemeindesekretäre vorgesehen werden, die durch das System der Bildungsguthaben zu gestalten ist.]⁹

Art. 8 Aufhebung von Bestimmungen

(1) Der Abs. 121 des Art. 18 des Regionalgesetzes Nr. 10/1998 wird mit Wirkung vom 1. Jänner 2011 aufgehoben.

Art. 9 Finanzbestimmung

(1) Die Ausgabe in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die Umsetzung des Art. 6 Abs. 2 wird durch einen entsprechenden Betrag aus dem Kapitel 11110.000 des Ausgabenvoranschlags für das laufende Haushaltsjahr gedeckt.

Art. 10 Übergangsbestimmungen

⁸ Der Artikel wurde durch den Art. 337 Abs. 1 des RG vom 3. Mai 2018, Nr. 2 aufgehoben.

⁹ Der Artikel wurde durch den Art. 337 Abs. 1 des RG vom 3. Mai 2018, Nr. 2 aufgehoben.

(1) Auf die Befähigungslehrgänge zur Vorbereitung auf die Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits eingeleitet wurden, finden weiterhin die Bestimmungen des Art. 46 Abs. 1 und des Art. 47 Abs. 1 des Regionalgesetzes Nr. 4/1993 im vorher geltenden Wortlaut Anwendung.

(2) Auf die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen Individualarbeitsverträge in Zusammenhang mit Wettbewerben für die Besetzung von Sekretariatssitzen vierter Klasse, die vor dem Inkrafttreten desselben Gesetzes ausgeschrieben wurden, finden weiterhin die Bestimmungen des Art. 3 des Regionalgesetzes Nr. 2/1997 im vorher geltenden Wortlaut Anwendung.

[Art. 11 Einheitstext

(1) Der Präsident der Region ist aufgrund eines Beschlusses des Regionalausschusses verpflichtet, die in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen auf dem Sachgebiet des Personalwesens mit den Bestimmungen der Regionalgesetze vom 5. März 1983, Nr. 1, vom 5. März 1993, Nr. 4, vom 27. Februar 1997, Nr. 2, vom 23. Oktober 1998, Nr. 10, vom 16. Juli 2004, Nr. 1, vom 22. Dezember 2004, Nr. 7, vom 20. März 2007, Nr. 2, vom 4. Dezember 2007, Nr. 4 und vom 15. Juli 2009, Nr. 5 in einem Einheitstext zu sammeln und zu koordinieren.]¹⁰

Art. 12 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am fünfzehnten Tag nach dem Tag seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

¹⁰ Der Artikel wurde durch den Art. 337 Abs. 2 Buchst. n) des RG vom 3. Mai 2018, Nr. 2 aufgehoben.